

NZZ Podium vom 11. November 2010

Deutschland – ein Situationsbericht

Von Eric Gujer

Eine Familie fährt irgendwann in den siebziger Jahren auf der Interzonen-Autobahn durch die DDR, auf dem Weg von Westdeutschland nach Westberlin. Plötzlich schreckt die Mutter auf und fragt den Vater: «Wann sind wir endlich wieder in Deutschland?» Der Vater braust auf und empört sich: «Die Ostzone gehört auch zu Deutschland.» Doch die Mutter hat eine andere Perspektive. Deutschland, das ist für sie und viele andere Westdeutsche nun einmal die Bundesrepublik Deutschland, die DDR ist angsteinflössendes Niemandsland. Die Episode ist verbürgt.

Sie sehen, die Frage, was Deutschland ist, begleitet die Deutschen in immer neuen Variationen, und auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung hat sich noch keine definitive Antwort gefunden. Im Gegenteil, auf der politischen Ebene stellt sich die Frage mit neuer Vehemenz.

So sind die einstigen Grossparteien CDU, CSU und SPD in der Wählergunst abgestürzt. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner FDP liegt die Union derzeit bei 35 Prozent. Zwar war auch die rot-grüne Regierung unter Bundeskanzler Schröder ein Jahr nach Amtsantritt ähnlich unpopulär, doch anders als damals kann die konkurrierende Volkspartei nicht davon profitieren. Die Sozialdemokraten dümpeln momentan je nach Umfrage zwischen 23 und 29 Prozent, die Grünen liegen erstmals in der bundesdeutschen Geschichte fast gleichauf. In den Bundesländern Baden-Württemberg und Berlin, wo im nächsten Jahr gewählt wird, rangieren die Grünen sogar vor der SPD. Die grünen Spitzenkandidaten haben in beiden Ländern erstmals reale Chancen, Ministerpräsident zu werden.

Wohlgemerkt, es handelt sich hier um demoskopische Momentaufnahmen, nicht um Wahlergebnisse. Doch das einstmals so stabile deutsche Parteiensystem ist unübersehbar in Bewegung geraten, und dies eben nicht nur, weil sich am linken Rand mit der Linkspartei eine weitere Kraft etabliert hat. Vielmehr leiden die Grossparteien an Auszehrung, und die bisherigen Kleinparteien FDP und Grüne befinden sich in einem Fahrstuhl mit ungewisser Fahrtrichtung – bei den Liberalen ging es abrupt empor und ebenso rasch wieder runter. Die Grünen bewegen sich gerade aufwärts, mussten aber auch noch nicht zeigen, dass sie die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen können. Die Ausschläge legen die Vermutung nahe, dass Grüne und FDP weniger um ihretwillen gewählt werden, sondern aus Unzufriedenheit mit den Leistungen der Grossparteien. Als Folge davon erfährt auch die direkte Demokratie eine bisher unbekannte Wertschätzung. Diese war aufgrund der Erfahrungen mit plebiszitären Elementen in der

Weimarer Republik gerade im westdeutschen Bildungsbürgertum bis in die neunziger Jahre übel beleumundet. Heute sind es vor allem diese Schichten, die sich auf Landesebene wie in Hamburg und Berlin für Volksentscheide engagieren.

Den sogenannten Volksparteien wie der repräsentativen Demokratie insgesamt schlägt Misstrauen entgegen. In Stuttgart provoziert ein von Parlamenten und Gerichten gutgeheissenes Bauprojekt für einen neuen Bahnhof den Volkszorn. Das Buch «Deutschland schafft sich ab» des Berliner Ex-Politikers *Thilo Sarrazin* über die von deutschen Unterschichts-Angehörigen und muslimischer Einwanderer verursachten Probleme weckt vergleichbare Emotionen. Man kann von Buch und Bahnhof halten, was man will, auffällig sind die Intensität des Protestes bis in bürgerliche Schichten hinein und der allgegenwärtige Vorwurf, eine arrogante Kaste von Berufspolitikern habe Fehlentwicklungen und Volksmeinung in böswilliger Weise ignoriert.

Die geschilderten Phänomene lassen sich abtun als die übliche mediale Hysterie in Deutschland, die jeden Sonntagabend in der Talkshow von *Anne Will* in der bangen Frage kulminiert, ob Deutschland am Montag untergehen wird. Doch dies hielte ich für zu oberflächlich. Und natürlich eignen sich die Parteien heute weniger als Orientierungsmarken, weil die Positionen austauschbarer geworden sind. Die Merkel-CDU politisiert links von der Schröder-SPD, die Leistungen der schwarz-gelben Koalition sind überschaubar. Doch allein mit dem Auf und Ab der Tagespolitik lässt sich die Verdrisslichkeit auch nicht erklären.

Man sollte diese Phänomene betrachten als Indizien für eine Verunsicherung, welche Deutschland seit einigen Jahren erfasst hat und sich nur mit langfristigen gesellschaftlichen Veränderungen erklären lässt. Dabei geht es der Bundesrepublik wirtschaftlich gut. Das Land verzeichnet eine für die Verhältnisse der EU hohe Wachstumsrate, die Arbeitslosigkeit ist auf einen Tiefstand gesunken. Obwohl wir alle längst Trivialmarxisten sind und glauben, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt, möchte ich dem entgegenhalten, dass die augenblickliche ökonomische Lage und die längerfristige Stimmung eines Volkes durchaus auseinanderfallen können. Meine Generalthese lautet, dass Deutschland ein zunehmend fragmentiertes, ein gespaltenes Land ist und mit dieser Heterogenität Probleme hat. Ich möchte dies in drei Abschnitten belegen, die überschrieben sind mit Mentalitäten, Wirtschaft, Wanderung:

Mentalitäten

20 Jahre nach der Wiedervereinigung ist Deutschland geteilt in Ost und West. Der mentale Graben manifestiert sich am deutlichsten in den Wahlergebnissen, bei denen sich die aus der kommunistischen Staatspartei der DDR hervorgegangene Linke im Osten als mit CDU und SPD gleichrangige Volkspartei präsentiert, während sie im Westen nach wie vor froh ist, wenn sie die Fünfprozenthürde überwindet. Augenfällig ist

diese Spaltung auch in den Medien. Der Osten liest anders, und er amüsiert sich anders. Die «Superillu» beispielsweise wurde 1990 von einem Westverlag speziell für die ehemalige DDR gegründet, und sie erreicht dort nach eigenen Angaben mehr Leser als «Spiegel», «Focus», «Stern» und «Bunte», also die westdeutschen illustrierten Leitmedien, zusammen. Die Regionalprogramme der ARD-Sender im Osten bevölkern Musiker und Schauspieler, von denen man im Westen oft noch nie etwas gehört hat, weil sie bereits in der DDR bewährte sozialistische Unterhaltungskräfte waren.

Auch die Wertesysteme fallen in Ost und West auseinander.¹ Die Ostdeutschen geben mehrheitlich der Gleichheit den Vorzug vor der Freiheit, im Westen ist es andersherum. Zwei Drittel der Bevölkerung in Westdeutschland betrachten die bundesdeutsche Ordnung als verteidigungswert, im Osten ist es nur ein Drittel. Im Westen sehen zwei Drittel in der parlamentarischen Demokratie die beste Staatsform, im Osten gilt dies nur für ein Drittel. So verwundert es auch nicht, dass zwei Drittel der Westdeutschen darauf vertrauen, dass die Politik Probleme lösen kann. Im Osten ist es abermals nur ein Drittel. Die Marktwirtschaft war in Deutschland niemals wirklich angesehen, doch in den letzten Jahren haben die Vorbehalte noch einmal deutlich zugenommen – und dies ist im Gegensatz etwa zur Schweiz keine Reaktion auf die gegenwärtige Finanzkrise, auf die vermeintliche «Gier» der Manager oder die «Inkompetenz» der Banker. Seit 1991 geht in Westdeutschland kontinuierlich die Zahl der Personen zurück, die glauben, die Wirtschaftsordnung sei sozial gerecht. Immerhin hält noch die Hälfte der West-Bürger die Marktwirtschaft für die beste Wirtschaftsform, im Osten beträgt der Anteil nur ein Viertel. Im Krisenjahr 2009 plädierte gar die Hälfte der Ostdeutschen für einen Systemwechsel.

Obwohl die grosse Mehrheit der DDR-Bürger dem Arbeiter- und Bauernstaat zu dessen Lebzeiten ablehnend gegenüberstand und in der Bundesrepublik das erstrebenswerte Modell sah, haben die im Sozialismus geprägten Wertemuster ein zähes Leben. Diese Kluft in den Überzeugungen setzt sich übrigens auch bei den Jungen fort, welche das geteilte Deutschland gar nicht mehr aus eigener Anschauung kennen. Sie stimmen stärker mit der älteren Generation ihrer Teilgesellschaft als mit den Altersgenossen aus dem anderen Landesteil überein. Einig ist man sich in Ost und West nur in einem: In beiden Landesteilen erodiert seit einigen Jahren der Glaube an die Demokratie und deren Fähigkeit, Probleme zu lösen.

Trotz der verbreiteten Skepsis wäre es ein Irrtum anzunehmen, die Ostdeutschen wünschten sich die DDR zurück. Zwei Drittel der Ostdeutschen halten die Wiedervereinigung für einen Glücksfall, und knapp 60 Prozent sagen, Deutschland sei es am besten in den Jahren nach der Wiedervereinigung gegangen, nur 30 Prozent sagen dies über die DDR. Bei den Westdeutschen ist dies genau umgekehrt. Zwei Drittel trauern

¹ Die Umfrageergebnisse sind entnommen: Klaus Schroeder, Das Neue Deutschland. Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört. Berlin 2010, S. 169 - 233.

der alten Bundesrepublik vor 1989 nach. Obwohl stets von der Ostalgie geredet wird, ist die Westalgie viel stärker und damit auch die Unzufriedenheit über den Status quo. Diese Unzufriedenheit hat nicht so sehr unmittelbare materielle Ursachen (wie im Osten), sondern sie speist sich aus einem diffusen Lebensgefühl.

Wirtschaft

Die Trennlinie verläuft nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch zwischen «Arm» und «Reich». In den fünfziger und sechziger Jahren profitierten die Menschen in beiden Teilen Deutschlands von einem wirtschaftlichen Aufschwung ohnegleichen. Das westdeutsche Wirtschaftswunder wurde im Ausland bestaunt wie heute die chinesischen Wachstumsraten, aber auch in der DDR gab es Vergleichbares auf bescheidenerem Niveau. Sozialer Aufstieg war mit Bildung vergleichsweise einfach möglich, und davon profitierten breite Schichten wiederum in beiden Teilen Deutschlands. Wohlstandszuwächse und vor allem die Aufwärtsmobilität haben sich inzwischen abgeschwächt. Stattdessen hat die Spreizung der Einkommen zugenommen. Das wohlhabendste Zehntel der Bevölkerung vermochte zwischen 1986 und 2006 sein Einkommen um ein Drittel zu steigern, die Einkommen des untersten Zehntels nahmen hingegen nominell ab.²

Auch die Wiedervereinigung liess die Kluft zwischen Arm und Reich grösser werden, weil im Osten nach der Wende eine ganze Generation nur unzureichend in das Erwerbsleben integriert werden konnte. Vierzig- oder Fünfzigjährige, die seit zehn Jahren keine Beschäftigung finden, sind hier der Regelfall. Unmittelbar nach der Wiedervereinigung holten die Ostdeutschen in Sachen Wohlstand markant auf, später flachte diese Entwicklung aber wieder ab. Inzwischen haben sich die Unterschiede verfestigt.

Die Disparitäten lassen sich nicht mit denen in anderen westlichen Industriegesellschaften wie etwa den USA vergleichen, von dem protzerisch zur Schau gestellten Reichtum in Schwellenländern wie Russland ganz zu schweigen. Doch Deutschland ist eine egalitäre Gesellschaft. Die DDR huldigte ohnehin dem sozialistischen Gleichheitsideal, und im Westen fand die nationalsozialistische Ideologie der Volksgemeinschaft nach 1949 in der Wirtschaftswunder-Gemeinschaft mit ihrer Parole «Wohlstand für alle» ihre entpolitisierte Fortsetzung. Auch die kapitalistische Bundesrepublik empfand sich über viele Jahrzehnte als klassenlos. Ihr sogenannter Rheinischer Kapitalismus war eine Konsenswirtschaft mit stark egalitären Zügen, in der Management und Betriebsrat eng kooperierten. Entsprechend verschreckt reagierten Politiker, als im Jahr 2006 eine Studie eine Diskussion über die Existenz einer

² Vgl. Glaab, Weidenfeld, Weigl (Hg.), Deutsche Kontraste 1990 – 2010. Frankfurt 2010, S. 387 - 420.

Unterschicht entfachte. Der damalige sozialdemokratische Vizekanzler Müntefering verstieg sich dabei zu der Behauptung, es gebe in Deutschland gar keine Schichten.

Bis 1994 garantierte das Grundgesetz allen Deutschen die «Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse». Dies musste geändert werden, weil es der Lebenswirklichkeit des vereinigten Landes allzu krass widersprach. Auch in der Bundesrepublik gab es natürlich ärmere und reichere Regionen, Ostfriesland und München beispielsweise. Diese Unterschiede haben sich mit der Wiedervereinigung indes erheblich akzentuiert. Im oberbayrischen Landkreis Starnberg liegt das durchschnittliche Einkommen doppelt so hoch wie im Osten von Mecklenburg-Vorpommern an der Grenze zu Polen. Seit der Jahrtausendwende sind die Vermögen in den alten Ländern um 11 Prozent gestiegen, in den neuen Ländern nahmen sie in der gleichen Grössenordnung ab.

Migration

Der Grund für diese negative Entwicklung ist der Wertverlust von Immobilien im Osten aufgrund der demografischen Entwicklung. Während derzeit alle in Deutschland von der Einwanderung reden, ist das viel grössere Problem die Abwanderung aus den Schrumpfungsregionen im Osten. Seit dem Fall der Mauer haben 1,5 Millionen Personen die ehemalige DDR verlassen, 10 Prozent der damaligen Bevölkerung. Weite Landstriche entvölkern sich regelrecht. Die sozialen Zusammenhänge brechen auf, da sich Männer und Frauen nicht gleich verhalten. Gut ausgebildete junge Frauen wandern nach Westdeutschland ab, während die schlecht ausgebildeten jungen Männer zurückbleiben. So herrscht in einzelnen Regionen ein Männerüberschuss von 25 Prozent und mehr. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung kommentiert dies in der Studie «Not am Mann» so: «Diese Frauendefizite sind europaweit ohne Beispiel. Selbst Polarkreisregionen im Norden Schwedens und Finnlands, die seit langem unter der Landflucht speziell von jungen Frauen leiden, reichen an ostdeutsche Werte nicht heran.»³

In der DDR erzählte man sich einen Witz über die Fluchtbewegung in den Westen, der in dem Satz gipfelte: Der Letzte macht das Licht aus. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg überlegt man sich inzwischen tatsächlich, wie man in besonders strukturschwachen Gebieten das Licht löschen kann, ohne dass es zu sozialen Unruhen kommt. Nicht eine einzelne Schule oder ein Spital müssen geschlossen werden. In manchen Städten hat man bereits begonnen, leerstehende Plattenbau-Quartiere abzureissen. Als Nächstes folgt die nach der Wende mit viel Geld modernisierte Infrastruktur, etwa die Kanalisation, dann werden ganze Dörfer und Siedlungen an der Reihe sein. Der Letzte macht das Licht aus.

³ Steffen Kröhnert und Reiner Klingholz, Not am Mann. Vom Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? <http://www.berlin-institut.org/studien/not-am-mann.html>

Kalauernd könnte man sagen, Deutschland ist ein Wanderland. Es gibt Binnenwanderung, die Einwanderung von Ausländern und die Einwanderung von «Papierli-Deutschen». So wird meist vergessen, dass in den Jahren nach der Wende 2,5 Millionen sogenannte Aussiedler aus Osteuropa in die Bundesrepublik strömten. Diese Personen gelten als ethnische Deutsche, obwohl ihre Vorfahren oft schon vor mehreren Jahrhunderten gen Osten gezogen sind und sie genau so integriert werden müssen wie andere Migranten. Ferner liessen sich in Deutschland 130 000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nieder, deren Aufnahme die untergehende DDR zugestimmt hatte. Hinzuzählen sind diejenigen, von denen in der Ausländerdiskussion ohnehin stets die Rede ist: türkische Ehefrauen, polnische Putzfrauen, jugoslawische Kriegsflüchtlinge und afrikanische Asylbewerber. Im Zeitraum von 1991 bis zum Jahr 2007 summiert sich dies auf 15 Millionen Menschen, die in die Bundesrepublik kamen. (Natürlich verliessen auch viele – freiwillig oder unfreiwillig – das Land, so dass der Saldo 4,2 Millionen beträgt).⁴

«Deutschland ist kein Einwanderungsland», befand Bundeskanzler Kohl im Jahr 1998. In den zwölf Jahren seit diesem Fehlurteil hat sich Deutschland sukzessive von der Vorstellung einer ethnisch homogenen Nation gelöst. Dies schlägt sich auch in der Terminologie nieder: nicht mehr Deutsche und Ausländer, sondern Personen mit Migrationshintergrund, bei denen man nicht mehr nach der Staatsangehörigkeit unterscheidet, insgesamt knapp ein Fünftel der Bevölkerung. Rechnet man wie der Berliner Politologe *Klaus Schroeder* auch die Ostdeutschen hinzu, dann wurden «zwischen 30 und 35 Prozent der im vereinigten Deutschland Lebenden (oder ihre Eltern) in einem anderen politischen und kulturellen System sozialisiert».

Ein bisschen Stolz auf das Erreichte

Wie reagiert eine sich als egalitär verstehende Gesellschaft auf solche Veränderungen und Verwerfungen? Mit einem Paradox, das ich mit einem Beispiel aus der Wirtschaftspolitik belegen will: Die lang anhaltende Wachstumsschwäche nach dem kurzen Boom der Einheitsjahre mit stetig steigenden Arbeitslosenzahlen bekämpfte die rot-grüne Koalition mit diversen Reformen, die einerseits die üppigen Sozialleistungen für Langzeitarbeitslose beschnitten und zugleich den überzogenen Kündigungsschutz abbauten. Die Anreize für die Aufnahme einer weniger attraktiven Arbeit wurden erhöht. Rot-Grün erhöhte zugleich den Wettbewerbsdruck auf die Unternehmen, indem man Steuergesetze änderte und die zahlreichen Überkreuzbeteiligungen zwischen den Big Players der deutschen Wirtschaft weniger attraktiv machte. Der Marktzutritt für ausländische Investoren wurde also verbessert. Ausserdem einigten sich auch Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf neue Spielregeln. So schlachtete man eine heilige Kuh der westdeutschen Sozialpartnerschaft, den flächendeckenden Tarifvertrag ohne

⁴ Bundesamt für Statistik, www.destatis.de

Ausnahmen für einzelne Unternehmen. Auch einzelne Massnahmen, die in anderen europäischen Staaten erst im Zug der jetzigen Verschuldungskrise angepackt werden, sind in Deutschland bereits beschlossene Sache, etwa die Erhöhung des Rentenalters und eine Schuldenbremse für die öffentlichen Haushalte nach Schweizer Vorbild.

Einerseits reagierten Politik und Sozialpartner also zielgerichtet und relativ entschlossen. Dies schlug sich auch in einer stärkeren internationalen Wettbewerbsfähigkeit nieder, so dass die Exportindustrie in vollem Umfang von der derzeitigen asiatischen Nachfrage profitiert und Deutschland insgesamt besser durch die Krise kam als die meisten EU-Staaten. Die jeweiligen Bundesregierungen haben einiges unternommen, damit sich Deutschland nicht abschafft.

Andererseits, und dies ist das eigentliche Paradox, honoriert die Öffentlichkeit diese Reformen nicht. Hartz IV gilt nicht als moderate Anpassung eines immer noch sehr üppigen Sozialstaats an veränderte Zeitläufe, sondern ist auch bei zentristischen und konservativen Wählern zum Synonym für kaltherzigen Sozialabbau geworden. Folglich unterstützt heute keine einzige deutsche Partei die Hartz-Reformen vorbehaltlos. Die Linkspartei bezeichnet diese ohnehin als «Armut per Gesetz», die Urheber SPD und Grüne haben sich von ihrem Werk still distanziert, und CDU/CSU und FDP pflegen darauf hinzuweisen, dass all dies nicht von ihnen stammt.

Dieselben Leute, welche die Rente mit 67 als Anschlag auf die Arbeitnehmerschaft kritisieren, applaudieren *Thilo Sarrazin*, der den Politikern vorwirft, sie unternähmen zu wenig gegen die Überalterung der Gesellschaft. Kürzlich reisten die Gegner des neuen Stuttgarter Bahnhofes nach Berlin. Auf der Spree fuhren sie durch das Regierungsviertel, vorbei an den Bürohäusern der Bundestagsabgeordneten, und titulierten diese als Lügenpack – obwohl der Bahnhofsneubau eines der Projekte ist, bei denen die Entscheidungsträger genau das umzusetzen beabsichtigen, was sie in jahrelangen Genehmigungsverfahren stets vertreten hatten. Man wirft der Politik gerne Entscheidungsunfähigkeit vor. Wenn diese dann aber entscheidet, ist es auch nicht recht, und alle tragen ihre «Politikverdrossenheit» wie eine Monstranz vor sich her. Nicht nur die armutsgefährdeten Reste der traditionellen Arbeiterschaft oder die Empfänger von Transferleistungen lehnen Reformen und Strukturwandel ab. Dasselbe gilt inzwischen für die Mittelschicht, die einst die Trägerin gesellschaftlicher Dynamik war. Stolz auf das Erreichte ist selten, es überwiegt die Furcht vor dem Neuen.

Dasselbe Paradox lässt sich übrigens auch beim Thema Migration beobachten. Angesichts des Ausmasses, in dem sich seit und mit der Wiedervereinigung die Bevölkerungszusammensetzung verändert hat, hat Deutschland eine erstaunliche Integrationsleistung erbracht. Menschen mit sehr unterschiedlichem kulturellem Hintergrund finden sich in der Bundesrepublik wieder, dauerarbeitslose DDR-Industriearbeiter, Kasachen mit deutschem Pass und, ja auch, die sprichwörtlichen Kopftuch-Mädchen. Noch mehr Multikulti geht kaum, und doch erklärt *Angela Merkel*

apodiktisch, Multikulti sei gescheitert. Es gibt selbstverständlich Probleme bei der Integration, aber wo steht die dieses Patchwork überwölbende Leitkultur existenziell in Frage? Selbst in Berlin – im Wedding, in Nord-Neukölln oder im Kreuzberger Wrangel-Kiez mit ihren unbestreitbaren Parallelgesellschaften – existiert kein Ghetto, in dem flächendeckend deutsche Normen und Gesetze ausser Kraft gesetzt wären. Man vergleiche dies mit französischen Grossstädten, wo sich die Polizei nur ungern in bestimmte Quartiere traut. Ein bisschen Stolz angesichts des Erreichten und etwas Selbstbewusstsein, auch mit bärtigen Integrationsverweigerern fertig zu werden, wären auch hier nicht fehl am Platze.

Doch diesen Stolz wird man nicht finden. Viele Wähler reagieren gereizt auf die neue Unübersichtlichkeit des vereinigten Deutschland. In der Westalgie manifestiert sich der Wunsch, zu den geordneteren Verhältnissen der Bundesrepublik vor 1989 und zum gezähmten Rheinischen Kapitalismus zurückzukehren. Die Parteien kämpfen mit einem langfristigen Vertrauensschwund, in dem sich eine Abwehrreaktion gegen die zunehmende Heterogenität der Gesellschaft manifestiert. Sie fällt ihnen allerdings derzeit schwer, überzeugende Antworten auf Fragen der Zeit zu formulieren. Die deutsche Politik ist nach wie vor stabil, es drohen keine italienischen Verhältnisse, aber die gesellschaftliche Grundlage dieser Stabilität wird fragiler.

«Europa braucht Deutschland», schrieb unlängst Timothy Garton Ash. Aber er schränkte ein, Deutschland wisse nicht, was es von Europa wolle. Wir alle haben uns daran gewöhnt, dass die Bundesrepublik als berechenbare Führungsnation in der EU und als Wirtschaftsmotor in Europa ihren Dienst tut. Doch wie soll Deutschland Orientierung vermitteln, wenn es selbst ziemlich ratlos ist?